58. Jahrgang No. 331

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und Illustr. Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 19. Juli 1910

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Gross-Berlin: 75 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.80 und vierteljährlich Mark 2.40. Inseratenpreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftswort 15 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Telephon-Amt I, Nr 10131—10146. Filialen: Prinzenstr. 61, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1—6, Frankfurter Allee 61—65, Gr. Frankfurterstr. 31 und 67, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27, Koniginstrasse 56/57, Rathenowerstr. 8, Potsdamerstr. 38, Leipzigerstr. 108, Blücherstrasse 69, Charlottenburg, Tauentzienstr. 2, Kantstrasse 34, Scharrenstr. 36, Friedenau-Rheinstrasse 39, Gross-Lichterfelde West, Carlstrasse 1—5, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Pankow, Bornholmerstr. 1, Rixdorf, Berlinerstrasse 41, Schöneberg, Hauptstr. 155, Tegel, Berlinerstrasse 90, Weissensee, König-Chaussee 61 b, Wilmersdorf, Uhlandstrasse 96/99.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Königin Luise.

Die byzantinische Geschichtsschreibung, die im Lande Preußen die Spezialaufgabe hat, vermittels der Schullesebücher im Volke die „gute Gesinnung" treibhausmäßig zu züchten und eine „vaterländische Geschichte" zu verzapfen, die zu den wirklichen historischen Vorgängen im schroffsten Widerspruch steht, hat in diesen Wochen und Monaten, die dem heutigen hundertjährigen Todestage der Königin Luise vorangingen, wieder einmal mit Hochdruck gearbeitet und sich selbst in künstlich gemachter Begeisterung überschlagen. Alle die alten Ladenhüter an „patriotischen" Schlagworten wurden wieder vorgeholt, alle die Anekdoten, die der geschwätzige Hofbischof Eylert einst gesammelt hat, wurden wieder aufgewärmt. Es wimmelte in all den Erinnerungsschriften und Artikeln wieder von Ausdrücken, wie „Preußens Schutzgeist", „Märtyrerin auf dem Thron", „Lichtgestalt", „hehre Dulderin" usw. Die Königin wurde mit der Jungfrau von Orleans verglichen, als Heldin gefeiert, und alle diese Unwahrheiten wurden in einer sentimental süßlichen Darstellung dargereicht, die in ihrer inneren Unwahrheit auf jeden Freund objektiver Geschichtserzählung abstoßend wirken mußte.

Wie tritt uns gegenüber dieser reaktionären Geschichtsklitterung nun die Gestalt der Gattin Friedrich Wilhelms III. in Wirklichkeit entgegen? In Frage kommen für die Beurteilung Luisens als Frau und als Königin natürlich nur die unmittelbaren Dokumente, ihre eigenen Briefe und die Aufzeichnungen ihrer Zeitgenossen, ihrer unmittelbaren Umgebung. Unter diesen stehen die Tagebuchblätter ihrer Oberhofmeisterin, der alten Gräfin Voß, der „Dame Etikette" mit ihrer oft erfrischenden Urwüchsigkeit an erster Stelle. Und in allen diesen Aufzeichnungen tritt uns Luise als eine liebenswürdige Frau entgegen, die das Vergnügen in jeder Form liebte, leidenschaftlich tanzte, sich gern schmückte und namentlich in der Zeit vor der Jenaer Katastrophe das Leben einer preußischen Königin in vollen Zügen genoß. Sie war, das ist über jeden Zweifel erhaben, ihrem Gatten eine treue Gefährtin, ihren sieben Kindern eine liebevolle Mutter. Sie führte ein glückliches Familienleben und suchte mit Friedrich Wilhelm III. auf die Sittenverderbnis, die unter dessen ausschweifenden Vater in Berlin alle Kreise der Bevölkerung ergriffen hatte, reinigend zu wirken, allerdings ohne große Erfolge. Sie war in der Oeffentlichkeit freundlich gegen jedermann und teilte nicht den Hochmut vieler ihrer Standesgenossinen; sie besaß ein gesundes Urteil und bemühte sich, manche Vorurteile abzustreifen. Zeugnis hierfür liefert die bekannte Anekdote, in der Luise die bürgerliche Gattin eines Offiziers auf dem Ball fragte, was für eine Geborene sie sei und die Antwort erhielt: „Ich bin gar keine Geborene". Sie soll hierauf bemerkt haben: „Ich gestehe, mit dem herkömmlichen Ausdruck, von Geburt sein, wenn dabei ein angeborener Vorzug bezeichnet werden soll, habe ich nie einen vernünftigen oder sittlichen Zweck verbinden können, denn in der Geburt sind sich alle Menschen ohne Ausnahme gleich." Wenn Luise diese Worte wirklich gesprochen hat, so wird man sie ihr auf die Kreditseite ihres Lebenskontos schreiben. Um so mehr, als ihre Bildung nur oberflächlich war und an der Seite des geistig ziemlich beschränkten Gatten sich nicht vervollkommnen konnte.

Sie hatte seit ihrer Vermählung im Jahre 1793 dreizehn frohe Jahre in Berlin, in Potsdam, in Paretz verlebt, als die Jenaer Katastrophe hereinbrach. Vor dieser war Luise in der Politik eine eifrige Gegnerin Frankreichs und Freundin Rußlands gewesen. Sie vornehmlich hatte den König zum Abschlusse der Potsdamer Konvention mit dem Zaren Alexander I. getrieben, die in gefühlvoll romantischer Weise zu nächtlicher Stunde am Sarge Friedrichs des Großen besiegelt wurde. Diese Konvention vermochte natürlich die Katastrophe nicht aufzuhalten, und eineinhalb Jahr später mußte Luise den schwersten Gang ihres Lebens tun; auf Wunsch ihres Gatten — nie hat allerdings ein Mann seiner Frau eine demütigendere Mission zugemutet — und auf Betreiben des Zaren in Tilsit mußte sich die Königin als Bittstellerin dem verhaßten „Emporkömmling" Napoleon nahen, um möglichst günstige Friedensbedingungen zu erflehen. Napoleon gewährte sie nicht, weil er vom französischen Standpunkt aus einer schönen Frau zu Gefallen die errungenen Vorteile nicht aufgeben konnte. Aber „Luise und Napoleon" ist seitdem ein beliebtes Thema für sentimentale Darstellungen bildlicher und poetischer Art.

Es wird von den Byzantinern behauptet, der Gram über Preußens Unglück habe am Lebensmark der Königin gezehrt, er sei die Ursache ihres frühen Todes gewesen, in ihrem Herzen habe man einen Polypen in Form eines N gefunden und anderes ungereimtes Zeug mehr. Die neueste Nummer der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" räumt mit der Fabel vom „Polypen am Herzen" auf Grund der Krankengeschichte Luises und der Obduktion durch den berühmten Heim gründlich auf. In Wirklichkeit galt der Kummer Luisens, wie aus ihren Briefen unzweideutig hervorgeht, in erster Linie und fast ausschließlich dem über das Haus Hohenzollern, über ihre Familie hereingebrochenen Unglück; von der Erkenntnis, daß das Volk viel schwerer zu leiden hatte, als diese, merkt man in ihren Briefen sehr wenig. Und auch im „Exil" in Memel und Königsberg bricht immer wieder der ihr angeborene Frohsinn durch, und sie machte im Winter 1808 mit dem König die sehr kostspielige Reise nach Petersburg, wo ihr zu Ehren eine Fülle der prächtigsten Feste gegeben wurde, obwohl die Kosten dieser Reise zugunsten des Landes viel besser angewandt worden wären, wie dies damals auch von Hardenberg betont worden war.

Man wird es ihr gern als Verdienst anrechnen, daß sie den wie immer unentschlossenen König nach der von Napoleon erzwungenen Entlassung Hardenbergs drängte, Stein zu berufen. Daß sie sich ein richtiges Urteil über die Ursachen des Zusammenbruchs von 1806 bildete, beweist der bekannte Brief an ihren Vater, in dem sie schrieb: „Es wird mir immer klarer, daß alles so kommen mußte, wie es gekommen ist. Die göttliche Vorsehung leitet unverkennbar neue Weltzustände ein, und es soll eine andere Ordnung der Dinge werden, da die alte sich überlebt hat und in sich als abgestorben zusammenstürzt. Wir sind eingeschlafen auf den Lorbeeren Friedrichs des Großen, der, der Herr eines neuen Jahrhunderts, eine neue Zeit schuf." Und sie erblickt in Napoleon, den sie mehr bewundern muß, als sie ihn lieben kann, das Werkzeug, „um das Alte, welches kein Recht mehr hat, das aber mit den Außendingen fest verwachsen ist, zu begraben".

Die Königin hat die Befreiungskriege, auf die sie hoffte, nicht mehr erlebt; sie erlag am 19. Juli 1810 überraschend schnell einem Lungenleiden im Alter von 34 Jahren. Ihre Gesundheit war nicht die festeste und durch die Geburten ihrer sieben Kinder allmählich ernstlich erschüttert worden. Dieser plötzliche Tod war es, der ihr den Nimbus der Märtyrerin verlieh und den Ausgangspunkt für die Legendenbildung abgab, die sich mit Eifer bemüht, sie zur Schutzheiligen Preußens zu stempeln und ihr nach ihrem Tode unter Zuhilfenahme einer süßlich idealisierenden Malerei eine pathetische Rolle zuschreiben, die Luise selbst, die frohsinnige Frau mit dem klaren Verstande, bei Lebzeiten zu allererst und entschiedensten zurückgewiesen hätte.

Tramm und Bethmann Hollweg.

Der Moniteur des Herrn v. Heydebrand erteilt dem Stadtdirektor von Hannover einen Rüffel. Das tut die „Kreuzzeitung" in folgender Form:

Nach dem „Hannov. Courier" hat in der Sitzung der städtischen Kollegien in Hannover am 14. Juli der Stadtdirektor Tramm anläßlich der Nachbewilligung von 22 211 Mark Talonsteuer ironisch von „der famosen Reichsfinanzreform" gesprochen, „nach der von Schulden Steuern bezahlt werden müßten". — Wir würden das für eine bedauerliche Entgleisung halten; denn ein mittelbarer höherer Staatsbeamter hat wohl kaum das Recht, ein Reichsgesetz in öffentlicher Sitzung und in Ausübung seines Amtes zu ironisieren. (!) Aber da Herr Tramm als besonnener Mann bekannt ist, bezweifeln wir sehr, daß die Aeußerung so gefallen ist, wie der „Hannoversche Courier" sie widergibt. Das „Hannoversche Tageblatt" erwähnt sie in seinem noch ausführlicheren Berichte nicht. Allerdings zeichnet sich dies Blatt auch im allgemeinen vor dem „Hannoverschen Courier" durch einen anständigeren Ton aus. (Das Hannoversche Blatt ist konservativ! Red.)

Also ein „mittelbarer höherer Staatsbeamter" hat nach dem Rezept des „beschränkten Untertanenverstandes" sich jeder Kritik eines volksfeindlichen Gesetzes zu enthalten — das ist die neueste Weisheit der regierenden Kaste. Als aber der unmittelbare Staats- und Reichsbeamte v. Bethmann Hollweg im preußischen Abgeordnetenhause das Reichstagswahlrecht, eine der Grundlagen der deutschen Reichsverfassung, herabsetzte, da es „verrohend" wirkte, da hielt sie dem als Reichskanzler zum Hüter der Reichsverfassung bestimmten preußischen Ministerpräsidenten keine Standpauke. Da lobte sie ihn sogar! Auch hier zeigt sich wieder die vollendete Skrupellosigkeit der politischen Moral der „Kreuzzeitung".

Weg mit dem Landrat als Steuereinschätzer!

Der Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz teilt im freikonservativen Parteiblatt mit:

Herr v. Rheinbaben hatte dem Finanzausschusse der Immediatkommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform eine Vorlage auf der Grundlage völliger Trennung der Steuerverwaltung vom Landratsamte unterbreitet, zu einer Beschlußfassung ist es aber noch nicht gekommen."

Da hatte der frühere Finanzminister einen guten Gedanken. Allerdings würden die maßgebenden Agrarier die Verwirklichung dieses gesunden Gedankens mit allen ihren Kräften hintertreiben haben.

Noch einmal das Bebeltelegramm. Wir haben bereits im letzten Abendblatt gemeldet, daß das Verfahren gegen die vier Bremer Lehrer, die an August Bebel ein Glückwunschtelegramm gerichtet hatten, eingestellt worden ist. Gleichzeitig mit dem Erlaß dieses Senatsbeschlusses ist nach der „Weserztg." dem Lehrer Rumpf in Habenhausen seine Stellung auf den 1. November dieses Jahres gekündigt worden. Er hatte beim Einsammeln des Geldes für das staatsgefährliche Telegramm mitgewirkt und dem Redaktionskomitee angehört.

Rektoren und Hauptlehrer. Der preußische Kultusminister hat nachstehende Verfügung über Rektoren und Hauptlehrer erlassen:

Ich weise die Regierungen auf die Entschließung des Hauses der Abgeordneten hin, wonach den mit voller Leitungsbefugnis ausgestatteten Leitern von Schulen mit sechs oder mehr aufsteigenden Klassen grundsätzlich die Amtsbezeichnung Rektor, anderen Schulleitern und solchen Ersten Lehrern an Volksschulen mit drei oder mehr Lehrkräften, denen Leitungsbefugnisse übertragen sind, grundsätzlich die Amtsbezeichnung Hauptlehrer beigelegt werden soll. Ich bin damit einverstanden, daß dieser Entschließung Folge gegeben wird, und veranlasse die Regierungen, hiernach das Weitere anzuordnen. Hinsichtlich derjenigen Hauptlehrer, bei welchen nicht alle für die Ernennung zum Rektor notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, ist in eine nähere Prüfung der Verhältnisse einzutreten. Soweit nur formelle Gründe (Nichtablegung der betreffenden Prüfungen) entgegenstehen, kommt die Frage, sonst tüchtigen Leitern durch Befreiung von der Mittelschullehrerprüfung unter der Bedingung, daß sie die Rektorprüfung in einem bestimmten Zeitraum ablegen, unter ganz besonderen Umständen, zum Beispiel bei vorgerücktem Alter, auch durch Befreiung von der Mittelschullehrer- und Rektorprüfung behilflich zu sein, wie dies bereits bisher nach den bestehenden Bestimmungen für Rektoren in Ausnahmefällen geschehen ist. Dort, wo eine Befreiung unbedenklich erscheint, sind die erforderlichen Anträge bei mir zu stellen. Können die betreffenden Lehrer aber zur selbständigen Leitung nicht für befähigt erachtet werden, so wird der gegenwärtige Zustand, soweit nicht etwa eine Versetzung des Hauptlehrers möglich ist, einstweilen noch aufrecht zu erhalten sein, bis sich beim Ausscheiden des gegenwärtigen Stelleninhabers die Neuregelung im Sinne der allgemeinen Bestimmungen ermöglichen läßt. Ich weise noch besonders darauf hin, daß auch im übrigen beim Ausscheiden der gegenwärtigen Stelleninhaber die Neubesetzung der Stellen von Leitern an Schulen mit sechs oder mehr aufsteigenden Klassen nur mit Lehrkräften erfolgen darf, welche die vorgeschriebenen Prüfungen abgelegt haben.

Das Frühstück bei Millerand. Die Straßburger „Neue Zeitung" meldet aus Paris.

„Die Delegierten der Post- und Telegraphenbeamten erhielten dieser Tage den trockenen Befehl, am 6. Juli zur ersten gemeinsamen Besprechung mit den höheren Beamten unter dem Vorsitz des Ministers zusammenzutreten und gleichzeitig auf der üblichen weißen Karte folgende Einladung:

„Der Arbeitsminister und Frau Millerand geben sich die Ehre, Herrn ..... zum Frühstück im Ministerium am 6. Juli 1910, zwölfeinhalb Uhr, einzuladen.

U. A. w. g."

Die Delegierten kamen, und Millerand ließ sie ihre Wünsche den anwesenden Direktoren der verschiedenen Dienstzweige mitteilen. Darauf wurde über das Reformprogramm diskutiert, das Millerand ausgearbeitet hat. Im Verlauf der Unterhaltung nahm der Minister einige schriftliche Anträge der Delegierten entgegen. Bei dem darauffolgenden Frühstück saßen zur Rechten von Frau Millerand der Delegierte des „kleinen Personals", zur Rechten Millerands ein Telephonfräulein, das der Minister zu Tisch geführt hatte."

Eine demokratische Monarchenrede.

Bei dem Jubiläum der Stadt Odense auf Fünen hielt König Frederik eine Rede, worin er erklärte: „Ich sehe in der Begeisterung der Bürgerschaft einen Beweis dafür, daß man in Odense und auf Fünen nicht die Abschaffung des dänischen Königstums wünscht. Ich nehme an, daß hier heute viele entgegengesetzte politische Anschauungen vertreten sind, aber ich bin überzeugt, daß alle mit mir in der Auffassung einig sein werden, daß die Wahlen den festen Willen des dänischen Volkes zur Erhaltung von Ruhe und Frieden zum Ausdruck gebracht haben. Möge die Zeit der inneren Unruhen und Kämpfe vorbei sein! Möge das dänische Volk sich jetzt in Frieden, Einigkeit und Kraft um die Männer zusammenschließen, die es sich selbst erwählt hat und die ich gern zu meinen Ratgebern ernannt habe. In den letzten Jahren sind die Zeiten für mich hart gewesen; sie haben aber, wie ich glaube, andererseits die gute Wirkung gehabt, daß alle, auch die jetzige Opposition, gesehen haben, daß Dänemarks König gesunden demokratischen Reformen nicht hindernd im Wege steht, von welcher Seite sie auch kommen mögen."

Die Könige, die solche Gedanken haben, sind beim Volke beliebter als manche ihrer Kollegen, die von gesunden demokratischen Reformen nichts wissen wollen.

Aus dem russischen Korruptionssumpf.

Die Intendanturrevision in Kiew nähert sich ihrem Ende. Senator Garin hat auch hier eine vollständige Korruption festgestellt. Er nennt Generale, die an Soldaten Bestechungsgelder zahlten, und Wächter, die ihre Obersten bestachen. Trotzdem besaßen die Kiewer Intendanten ihre Eigenheiten die Garin nicht ohne Ironie schildert. So verlangten sie außer bestimmten Zahlungen auch eine Bestechung „in natura", die in Form lebender Ware geliefert wurde. Von diesem Grundsatz wich keiner der Kiewer Intendanten ab, so daß ihre Lieferanten mit Kupplerinnen und Mädchenhändlern weitgehende Beziehungen unterhielten. Auf dieser Basis entsprangen Orgien, Szenen, gegen die die bekannten Affären des früheren Chefs der moskautischen Geheimpolizei unter Reinbott, Moisejenko, unschuldige Spielereien sind. Der Bericht Garins, der diesen Teil der Untersuchungen behandelt, liest sich wie ein unsittlicher Roman.

Die Vereinigten Staaten intervenieren.

Wie der „Morning Post" aus Washington gemeldet wird, wollen die Vereinigten Staaten in Nicaragua intervenieren. Nach der amerikanischen Interpretation der Monroedoktrin kann die Regierung der Vereinigten Staaten intervenieren im Falle chronischer Rechtsverletzung oder bei amtlicher Impotenz, die zu einer allgemeinen Lockerung der Bande der zivilisierten Gesellschaft führt. Mit Hinweis auf diesen Grundsatz intervenierten die Vereinigten Staaten 1904 in Kuba, wo die Revolution drohte. Ein amerikanisches Kriegsschiff ist nach West-Nicaragua abgegangen.

Wien, 18. Juli. Das „Fremdenblatt" erklärt, daß die Meldung einiger Blätter von der Entdeckung **großer Unterschleife** bei dem österreichisch-ungarischen Generalkonsul in Hamburg nach den im Ministerium des Aeußern eingezogenen Erkundigungen sich darauf beschränke, daß von einem Subalternbeamten Unregelmäßigkeiten begangen worden sind. **Von der** Abberufung des Generalkonsuls sei keine Rede.